

## Newsletter Nummer 2/2019: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

### Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 26. März 2019

Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen die Entwicklung der Schülerzahlen an den Schulen in der Trägerschaft des Kreises, die Freigabe der Fördermittel für den Lernort Kislau, der Bericht über den baulichen Zustand der Schulen, die Kostenfeststellung für eine Schulerweiterung und Umgestaltung, die Kosten für Amokalarmierungsmaßnahmen an den Schulen sowie die Langzeitarchivierung der digitalen Daten der Kommunen durch das Kreisarchiv.

### Entwicklung der Schülerzahlen

An den **beruflichen Schulen** des Rhein-Neckar-Kreises werden im Schuljahr 2018/19 insgesamt 10.408 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Dies entspricht einem Rückgang um 184 Schülerinnen und Schüler und somit einem Minus von 1,74 %. Der Rückgang der Schülerzahlen im Rhein-Neckar-Kreis liegt damit leicht unter dem landesweiten Durchschnitt. Von den 10.408 werden 3.869 Schüler/-innen in Teilzeit und 6.539 Schüler/-innen in Vollzeit unterrichtet.



Im Teilzeitbereich stieg die Schülerzahl nach drei Jahren erstmals wieder von 3.844 auf 3.869 Schülerinnen und Schüler, was einem Plus von 25 Schülerinnen und Schüler (+ 0,65 %) entspricht. Der Rückgang der Schülerzahlen im Teilzeitbereich, insbesondere bei den „Berufsfachschulen und Sonderberufsfachschulen“ (- 40) sowie der „Meister- und Technikerschulen“ (- 34) wird durch den Zuwachs an den Berufsschulen (+ 107) aufgefangen.

Im Vollzeitbereich ist die Schülerzahl von 6.748 auf 6.539 Schülerinnen und Schüler (- 209/- 3,10 %) gefallen. Der Rückgang der Schülerzahlen fand im Wesentlichen

beim Berufskolleg (- 70), bei den beruflichen Gymnasien (- 20, trotz eines Zugangs beim Sozialwissenschaftlichen Gymnasium von + 25) und bei den berufsvorbereitenden Schularten VAB (- 186) statt. Davon entfallen - 115 Schülerinnen und Schüler auf die im Schulversuch eingeführte spezielle Form des Vorqualifizierungsjahres für Schülerinnen und Schüler ohne Sprachkenntnisse (VABO), welche insbesondere für die Aufnahme von schulpflichtigen Flüchtlingen eingerichtet wurde.

Die sinkenden Schülerzahlen bei den gewerblichen Schulen sind auf den Rückgang der VABO-Schüler (Vorqualifizierungsjahr für Schülerinnen und Schüler ohne Sprachkenntnisse), zurückzuführen. An den kaufmännischen Schulen des Kreises stagnieren die Schülerzahlen an mehreren Bildungsgängen, darunter auch die VABO-Schüler. An den hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufsschulen im Kreis machen die rückläufigen VABO-Schülerzahlen ebenfalls einen Teil des Schülerrückgangs aus. Darüber hinaus sind jedoch mehrere Bildungsgänge vom Schülerrückgang betroffen.

### **Entwicklung der Schülerzahlen an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)**

Im laufenden Schuljahr 2018/19 besuchen 511 (- 8) Schülerinnen und Schüler die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und Schulkindergärten des Rhein-Neckar-Kreises.

Aufgrund der veränderten Gesetzeslage ab dem Schuljahr 2015/16 wurde der zuvor stetig steigende Trend an Schülerzuwächsen an den SBBZ gewollt umgekehrt. Die Eltern hatten zunehmend von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, ihre Kinder inklusiv an allgemeinbildenden Schulen unterrichten zu lassen. Die Schülerzahl hat sich nach Änderung des Schulgesetzes bezüglich der inklusiven Beschulung eingependelt. An den SBBZ ist aber auch der Gesamt-Schülerrückgang zu erkennen (- 8). Zwischenzeitlich gibt es jedoch auch Rückkehrer aus der Inklusion. So steigt beispielsweise an der Maria-Montessori Schule in Weinheim die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler um + 3. Die Gründe liegen offenbar darin, dass die Eltern eine Beschulung an einem SBBZ aufgrund der Entwicklung ihres Kindes für qualitativ besser erachten, als an einer allgemeinbildenden Schule. Insbesondere die Martinsschule Ladenburg genießt aufgrund ihrer hervorragenden Möglichkeiten, Menschen mit schweren, mehrfachen Behinderungen zu beschulen, weiterhin einen sehr guten, überregionalen Ruf. Trotz einer erneut leicht rückläufigen Belegung ist diese weiterhin voll ausgelastet, vor allem durch den gestiegenen Behinderungsgrad vieler Schülerinnen und Schüler. Diese Tatsache führt dazu, dass kleinere Gruppen und Einheiten gebildet werden müssen, um die Schüler überhaupt beschulen und

pflegerisch versorgen zu können. Weiter sind hierzu zusätzliche Hilfsmittel erforderlich, für die ebenfalls sehr viel Platzkapazität benötigt wird. Es wird daher stets nach weiteren Möglichkeiten gesucht, um insbesondere im stark beengten pflegerischen Bereich für räumliche Entlastung zu sorgen.

Im Vergleich der Zahlen spiegelt sich der sinkende Landestrend bei den beruflichen Schulen (- 1,8 %) auch in den Gesamt-Schülerzahlen - 1,73 % (incl. SBBZ) im Rhein-Neckar-Kreis wider. Die Schülerzahlen insgesamt an den Schulen des Kreises haben sich im zweiten Jahr infolge fallend entwickelt und schließen mit einem Minus von 192 Schülerinnen und Schüler und einer Gesamtschülerzahl von 10.919 ab.

**Kreisrat Konrad Fleckenstein** wies in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler darauf hin, dass der Schülerrückgang im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl noch nicht besorgniserregend ist.

Nach wie vor verfüge der Kreis über hervorragend ausgestattete berufliche Schulen, die sich einer sehr guten Akzeptanz erfreuen. Wichtig sei auch die Abgleichung und Aktualisierung des Schulentwicklungsplans.



## **Fördermittel für "Lernort Kislau"**

Das Projekt „Lernort Kislau“ ist ein außerschulischer „Lernort-Standort“ zur „Demokratie-Erziehung“ des gemeinnützigen Vereins „Lernort Zivilcourage & Widerstand“ im ehemaligen Konzentrationslager Kislau, in dem von 1933 bis 1939 mehr als 700 politische Gefangene aus dem nordbadischen Raum (ein Großteil aus dem Gebiet des Rhein-Neckar-Kreises) interniert waren.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport hat nun beschlossen, das Projekt im Haushaltsjahr 2018 mit 20.000 € zu fördern. Zugleich wurde zugestimmt, für das Haushaltsjahr 2019 entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € in den Haushaltsplan einzustellen.

Im zurückliegenden Jahr hat der Verein eine Reihe von Veranstaltungen im Rhein-Neckar-Raum durchgeführt, über die er regelmäßig in seinem Newsletter „LZW aktuell“ informiert. Für 2019 sind wiederum verschiedene Aktivitäten (Veranstaltungen, Publikationen, Vorträge und eine Wanderausstellung) im Rhein-

Neckar-Kreis geplant. In Kooperation mit dem Wieslocher Ottheinrich-Gymnasium sowie dem Kulturforum Südliche Bergstraße bereitet das Team des Projekts „Lernort Kislau“ derzeit eine Veranstaltung vor, in deren Mittelpunkt das gesellschaftliche und publizistische Wirken des Heidelberger Mathematikers Emil Julius Gumbel stehen wird.

Die Projekt-Mitarbeiterinnen Luisa Lehnen und Dr. Andrea Hoffend werden darüber hinaus im Sommer eine 200 Seiten umfassende Buchpublikation sowie eine (in mehreren Sätzen verfügbare) Rollbanner-Ausstellung über „Kislau in der NS-Zeit“ vorlegen und damit zugleich eine Lücke in der Geschichte der Rhein-Neckar-Region füllen. Die beiden Historikerinnen haben hierfür die Häftlingsakten sämtlicher Kislauer Schutzhäftlinge' gesichtet und in eine Datensammlung überführt. Demnach waren im KZ Kislau deutlich mehr Männer inhaftiert als bisher vermutet – darunter mindestens 120 aus dem heutigen Rhein-Neckar-Kreis.

Noch vor den Sommerferien wird das Projekt-Team Schulen des Rhein-Neckar-Kreises sowie der Stadt- und Landkreise Karlsruhe gezielt auf die Möglichkeit aufmerksam machen, die Rollbanner-Ausstellung ab dem Herbst 2019 kostenlos auszuleihen. Hieran knüpft sich das Angebot, Schülerinnen und Schüler zu Teamern auszubilden, die andere Jugendliche durch die Schau führen.

Ebenso möchte das Projekt-Team in naher Zeit einen Motion Comic über den Plankstadter Pfarrer Franz Stattelmann realisieren, der wegen seiner (mutigen) Predigten im Sommer 1935 wochenlang in Kislau inhaftiert wurde.

Die bisherigen Veranstaltungen und die geplanten Aktivitäten unterstreichen die außerordentliche Wichtigkeit der Förderung dieses geschichts- und gesellschaftspädagogischen wichtigen Projekts, das sich gerade an die junge Generation richtet. Der Rhein-Neckar-Kreis gehört neben dem Stadt- und dem Landkreis Karlsruhe, die ebenfalls das Projekt jeweils mit 20.000 € im Jahr 2019 fördern und neben dem Land Baden-Württemberg, zu den drei großen kommunalen Unterstützern.

Für die Freien Wähler unterstrich **Kreisrat Konrad Fleckenstein** die Notwendigkeit, die schrecklichen Geschehnisse in der NS-Zeit nicht vergessen werden zu lassen. Zumal auch die Augenzeugen immer weniger werden. Auch im Hinblick auf die zunehmenden nationalistischen Tendenzen ist die Beschäftigung mit der damaligen Zeit wichtig. Er stimmte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu, 20.000 € in diesem und nächsten Jahr für dieses Projekt in den Haushalt einzustellen.

## Baulicher Zustand der kreiseigenen Schulen

Im Rahmen der strategischen Zielplanung wurde im Handlungsfeld Schulen als Ziel die dauerhafte Substanzerhaltung und Verbesserung der Schulgebäude des Rhein-Neckar-Kreises aufgenommen.

Auf der Grundlage dieses Konzeptes wurde ein Bauunterhaltungsvolumen für die Schulen - Stand 31.12.2018 – von Bauunterhaltung (Erfolgsplan) 14.496.000 € und Ergänzungsleistungen Vermögensplan 2.523.000 € ermittelt.



Für die Bauunterhaltung der Schulen wird jährlich ein Bauunterhaltungsbudget bereitgestellt, das in 2018 mit einem Volumen von Bauunterhaltungsrate (Erfolgsplan) 2.800.000 € und Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen an Schulen (Erfolgsplan) 200.000 € veranschlagt wurde.

Bei dem Bauunterhaltungsvolumen von 2.800.000 €, mit dem ausschließlich Bauunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden, ist zu berücksichtigen, dass Stand heute durchschnittlich pro Jahr rund 1.000.000 € für Reparaturarbeiten an allen Schulgebäuden benötigt werden. Darüber hinaus fallen im laufenden Jahr unvorhersehbare, kurzfristig notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen an, die ebenfalls mit dem Budget der Bauunterhaltung bestritten werden.

Zusammenfassend kann mit dem jährlich geplanten Bauunterhaltungsbudget von 3.000.000 € unter Berücksichtigung von Preissteigerungen und Flächenentwicklungen die Substanzerhaltung der Schulen des Rhein-Neckar-Kreises gewährleistet werden.

**Kreisrat Konrad Fleckenstein** stellte für die Freien Wähler fest, dass der bauliche Zustand der Schulen des Rhein-Neckar-Kreises sehr gut ist und mit den 3.000.000.-€ jährlich für Bauunterhaltungsmaßnahmen ein Sanierungsstau vermieden wird.

## Kostenfeststellungen

Der Verwaltungs-und Finanzausschuss hatte in seiner Sitzung am 16.04.2013 die Baufreigabe für die Errichtung von Schulräumen in modularer Bauweise beim

**Zentrum beruflicher Schulen in Weinheim** erteilt. Für die Maßnahme waren Finanzierungsmittel in Höhe von 1.170.000 € bereitgestellt.

Die verausgabten Baukosten belaufen sich unter Miteinbeziehung letzter Zahlungen im Jahr 2018 auf insgesamt 1.144.374,83 €, sodass die genehmigten Kosten eingehalten wurden.

Im Zeitraum August 2015 bis September 2016 wurde der Verwaltungsbereich im **Zentrum beruflicher Schulen Schwetzingen** umgestaltet und saniert.

Die Gesamtmaßnahme war mit Kosten von 1.300.000 € veranschlagt.

Die Kostenfeststellung für die Maßnahme ergibt eine Gesamtabrechnungssumme von 1.286.067,06 €.

Die Abrechnungssumme liegt somit unter den genehmigten Kosten in Höhe von 1.300.000 €.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport wurde im Zusammenhang mit Gewaltvorfällen an Schulen in seiner Sitzung vom 19.06.2012 von der vorgesehenen Installation eines kabelgebundenen **Alarmierungssystems** für die Schulen des Rhein-Neckar-Kreises in Kenntnis gesetzt. Die Bauzeit erstreckte sich über einen Zeitraum von August 2012 bis August 2014.

Die bis ins Jahr 2018 hinein angefallenen Baukosten belaufen sich auf insgesamt 1.381.882,79 €, sodass der veranschlagte Kostenrahmen von 1.400.000 € eingehalten werden konnte.

Für die Fraktion der Freien Wähler führte **Kreisrat Konrad Fleckenstein** aus, dass die vorgelegten Kostenfeststellungen alle unter dem veranschlagten Kostenrahmen blieben. Das ist ein absolut erfreuliches Ergebnis und spricht für die gute Planung des Eigenbetriebs Bau und Vermögen.

BERUFLICHE  
SCHULEN



RHEIN-NECKAR-  
KREIS

Amt für Schulen, Kultur und Sport

## Langzeitarchivierung digitaler Daten

Seit mehreren Jahren wurde seitens der kommunalen Spitzenverbände und im Einvernehmen mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag und der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchive beim Städtetag Baden-Württemberg an

einem tragfähigen Konzept für ein Kommunales Digitales Langzeitarchiv (KDL) gearbeitet.

2015 konnte erstmals auf einer Klausurtagung der Arbeitsgemeinschaften E-Government/IT-Strategie und der IT-Leiterinnen und -Leiter der Landratsämter in Karlsruhe das beim Kreisarchiv Esslingen und beim Stadtarchiv Heilbronn ausgiebig getestete Programm DIMAG (Digitales Magazin) vorgestellt werden. Dieses wurde als praxistaugliche Lösung zur fachgerechten Aufbewahrung von digitalem Archivgut für die öffentliche kommunale Verwaltung auch vom Landkreistag Baden-Württemberg empfohlen.

Bei DIMAG handelt es sich um ein vom Landesarchiv Baden-Württemberg entwickeltes Archivierungssystem, das historisch wertvolle Informationen sicher importieren, technisch dokumentieren, authentisch erhalten und für die Benutzung ausgeben kann. Das System ist zur Archivierung sämtlicher denkbarer Typen digitaler Objekte geeignet (z.B. Datenbanken, Digitalfotos und E-Akten).

DIMAG wird seit 2018 von allen Archiven auf kommunaler Ebene benötigt, da in allen Verwaltungen vermehrt nur noch digitales Schriftgut (keine Papierakten mehr) anfällt, welches entweder aus rechtlichen oder historischen Gründen dauerhaft aufbewahrt werden muss.

Die Kosten für DIMAG setzen sich aus einer jährlichen Gebühr an das Landesarchiv Baden-Württemberg für die Nutzung des Programms DIMAG und einer jährlichen Betriebskostenabgabe an ITEOS für die Speicherung der Daten zusammen.

Für die Gemeinden bis 20.000 Einwohner entstehen beim Betrieb von DIMAG in Eigenregie jährliche Grundkosten in Höhe von 9.000 € (3.000 € an das Landesarchiv Baden-Württemberg und 6.000 € an ITEOS) bzw. für Gemeinden ab 20.001 bis 50.000 Einwohner Kosten in Höhe von 11.000 € (3.000 € an das Landesarchiv Baden-Württemberg und 8.000 € an ITEOS). In diesen Grundpreisen sind 500 GB Speicherplatz enthalten. Zusätzlich fallen Kosten für die Datenübernahme aus Fachverfahren an (einmalige Einrichtungskosten von 200 € und für jede Datenübernahme Kosten in Höhe von 50 € bzw. 70 € entsprechend der Einwohnerzahl). Für jedes weitere benötigte Terrabyte würden jährlich weitere Kosten anfallen. Der genaue Preis für zusätzliches Speichervolumen ist noch nicht bekannt.

Neben der Archivierung der digitalen Daten durch die Gemeinden selbst räumen ITEOS und das Landesarchiv Baden-Württemberg aber auch die Möglichkeit ein, dass die Kreisarchive die Daten der Gemeinden im Rahmen einer vertraglich geregelten Auftragsarchivierung (gegen Kostenerstattung) übernehmen und diese dauerhaft betreuen. Dies bietet den Gemeinden deutliche Vorteile gegenüber einer

Archivierung der Daten in Eigenregie. Diese Archivverbundlösung wird derzeit schon von mehreren Landkreisen in Baden-Württemberg praktiziert: Esslingen, Karlsruhe, Reutlingen und Tübingen. Zum einen werden im Kreisarchiv die Daten durch fachlich ausgebildetes und geschultes Personal betreut. Hierdurch und über das gute Netzwerk des Kreisarchivs zu anderen kommunalen Archiven, die im Bereich der digitalen Archivierung tätig sind, ist eine fachgerechte Archivierung der digitalen Daten der Gemeinden gewährleistet und es kann rasch auf technische Neuerungen reagiert werden. Ein weiterer Vorteil des digitalen Verbundsystems wären zum anderen die verminderten jährlichen Kosten für die Gemeinden.

Das Kreisarchiv besitzt seit Juli 2018 (Vertrag mit Landesarchiv und KIVBF bzw. ITEOS) einen eigenen Zugang zu DIMAG.

Ab dem 1. Quartal 2019 ging DIMAG in den Produktivbetrieb über und steht für die Archivierung digitalen Schriftguts des Landratsamts des Rhein-Neckar-Kreises bereit. Den Gemeinden soll nun die Auftragsarchivierung der bei ITEOS liegenden digitalen Fachverfahrensdaten ab Herbst 2019 als Service im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreisarchiv angeboten werden.

Seitens des Kreisarchivs wurde – vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Gremien – ein an der Einwohnerzahl der Gemeinden orientiertes, vierstufig gegliedertes Kostenmodell vorgeschlagen:

Gesamtkosten pro Jahr(Pauschalbetrag):

- Gemeinden bis 5.000 Einwohner: 1.500 €
- Gemeinden ab 5.001 bis 10.000 Einwohner: 2.500 €
- Gemeinden ab 10.001 bis 20.000 Einwohner: 3.500 €
- Gemeinden ab 20.001 Einwohner: 4.500 €

Uneingeschränkte Zustimmung zur Auftragsarchivierung durch das Kreisarchiv für die Gemeinden signalisierte **Kreisrat Konrad Fleckenstein** für die Freien Wähler.

Die Vorteile sind offensichtlich: billiger und Betreuung durch Fachleute, die immer auf dem neuesten Stand sind.

## **Weitere Informationen.....**

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>